

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckmaschinen
Tagesblatt Riessa
Ferien Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riessaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riessa, des Rates der Stadt Riessa, des Finanzamts Riessa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1330.
Telefon:
Riessa Nr. 52.

Nr. 55.

Montag, 6. März 1933, abends.

86. Jahre.

Das Riessaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riessa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Notationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riessa. Geschäftsstelle: Gueldestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Nylmann, Riessa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riessa.

Der neue Reichstag.

Absolute nationale Mehrheit.
Neue starke Gewinne der Nationalsozialisten.
Ruhiger Verlauf der Wahlen. — Rege Wahlbeteiligung im ganzen Reich.

Der Tag der erwachenden Nation.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei beschloß den Wahlkampf in Berlin und im ganzen Reich mit Kundgebungen, die unter das Motto „Tag der erwachenden Nation“ geknüpft waren. Die Veranstaltungen waren getragen von der Idee, die letzte Rede des Reichskanzlers vor dem Beginn des Wahlkampfes nicht nur seinen unmittelbaren Zuhörern in Königsberg und allen Hörern der deutschen Sender zu übermitteln, sondern auch den Bewohnern der Städte und des Landes, die sonst keine Möglichkeit hätten, den letzten Appell Hitlers anzuhören. Dementsprechend waren die öffentlichen Plätze der Städte zu Mittelpunkten der Kundgebungen gewählt worden. In ihnen zogen in den Abendstunden die fackeltätigen der SA, SS, und der Hitlerjugend in geschlossenen Formationen, begleitet von zahlreichem Publikum und Freunden der Partei.

In Berlin waren es allein 24 Sammelplätze, im Osten und Süden, ebenso wie im Norden und Westen, auf die die Königsberger Rede des Kanzlers übertragen wurde. Der Ausmarsch der Märsche durch die fackelgeschmückten Straßen, in denen viele Häuser leuchtende Transparente mit dem Swastika und mit roten illuminierten Fenstern zierten, begann schon gegen 6 Uhr abends. Überall, wo die Fackelzüge vorüberzogen, insbesondere an den Kreuzungen der großen Verkehrsstraßen, hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden. In den eindrucksvollsten Kundgebungen schallten die Hymnen durch die Architektur der beiden Plätze die auf dem Opernplatz, unter dem Linden, und die auf dem Kollnplatz in Charlottenburg vor dem Denkmal Kaiser Friedrichs III.; auf beiden das selbe materielle Bild; die dichten, dunklen Reihen der Zuhörer, die mehrfachen Reihen der Fackeltäger und im Mittelpunkt in langer Reihe nebeneinander die Fahnen- und Standartenträger der beteiligten Formationen, wartend auf die Worte aus Königsberg.

Die Übertragung aus Königsberg begann pünktlich um 8 Uhr mit einer Handfunkvorlesung von Dr. Goebbels, der an die Meinung Dreyer durch Hindenburg erinnerte und von der Vererbung des jungen Deutschland durch den Reichspräsidenten zur Führung sprach. Der laute Beifall des Empfangs für Reichskanzler Hitler, der aus den Lautsprechern deutlich vernommen werden konnte, wurde von dem Publikum überall lebhaft aufgenommen.

Als der Kanzler beendet hatte, sang die Menge spontan das Deutschlandlied. Hißdann zogen die SA- und SS-Märsche sowie die übrigen nationalsozialistischen Organisationen geschlossen in ihre Bezirke zurück, wo sie sich auflösten. Auf den Märkten und während der Kundgebungsübertragung kam es zu kleineren Zwischenfällen. Die die Fackelzüge begleitende Polizei bestränkte sich darauf, den Verkehr der Bahnen und Straßen, der naturgemäß häufig ins Stocken kam, so schnell wie möglich abzuwickeln.

474 Mandate im Preussischen Landtag.

In Berlin. Nach den amtlichen Feststellungen verteilen sich die 474 Mandate im preussischen Landtag folgendermaßen:

Partei	Mandate	Stimmen
Nationalsozialisten	211	10 310 186
Sozialdemokraten	80	3 960 716
Kommunisten	63	3 135 851
Zentrum	68	3 367 696
Kampffront Schwarz-Weiß-Rot	43	2 108 658
Staatspartei	8	164 510
Deutsche Volkspartei	—	241 440
Christl.-Sozialer Volksdienst u.	—	215 286
Deutsch-Hannoverscher Zusamm.	6	50 559
Splitter	—	88 781
Gesamt	474 Mandate	23 642 683 St.

Die Stellungnahme des Reichsministers Goering zum Wahlergebnis.

* Berlin. Reichsminister Goering nimmt zum Ergebnis der Reichstagswahl wie folgt Stellung: „Die größte politische Entscheidungsschlacht ist geschlagen! Die nationale Front hat durch die Eingabe und Opferbereitschaft ihrer Anhänger unseren Sieg auf der ganzen

Das vorläufige amtliche Wahlergebnis.

* Berlin. Nach dem vorläufigen amtlichen Reichstagswahlergebnis haben erhalten:

Partei	5. März 1933		6. November 1932		31. Juli 1932	
	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate
Nationalsozialisten	17 265 823	288	11 737 015	196	13 745 780	230
Sozialdemokraten	7 176 505	120	7 247 959	121	7 959 712	133
Kommunisten	4 845 379	81	5 980 163	100	5 282 626	89
Zentrum	4 423 161	73	4 109 768	70	4 458 051	75
Kampffront Schwarz-Weiß-Rot	3 132 595	52	2 959 051	51	2 177 414	37
Bayerische Volkspartei	1 072 893	21	1 215 473	20	1 323 969	22
Deutsche Volkspartei	432 105	4	661 794	11	436 014	7
Christl.-Soz. Volksdienst	384 116	4	403 674	5	364 542	3
Staatspartei	333 487	5	337 871	2	371 799	4
Deutsche Bauernpartei	114 231	2	148 982	3	—	—
Landbund	83 828	2	—	—	—	—
Hannoverscher	47 723	1	—	—	—	—
Sozialistische Kampfgemeinschaft	3 909	—	—	—	—	—
Kampfgem. Arbeiter u. Bauern	1 118	—	—	—	—	—

Linie errungen. Ich bin glücklich und dankbar, daß unter deutsches Volk den Schritten des Reichspräsidenten, das Reichskanzler Adolf Hitler zu berufen, mit so überwältigender Mehrheit gefolgt ist. Zum ersten Mal seit Bismarcks Zeiten ist die Schicksalsfrage des Reichs zum großen Teil im Angelegenheiten der nationalen Front gerade auch in den süddeutschen Ländern gibt den süddeutschen Regierungen nicht mehr das Recht, namens des Volkes weiterzuerregieren, da sich auch hier das Volk hinter Adolf Hitler gestellt hat.“

Die Mandatsverteilung der kleineren Parteien

Berlin. (Funkspruch.) Ueber die Mandatsverteilung auf die kleineren Parteien wird von zukünftiger Stelle mitgeteilt, daß die Verteilung der Mandate zwischen der Sozialdemokratie und der Staatspartei in der Form vereinbart worden ist, daß der höhere Teil der entsprechenden Partei zugute kommen soll. Da die Reichstimmern der Sozialdemokraten 37 000, diejenigen der Staatspartei aber nur 3 000 betragen, entfällt das letzte Mandat auf die Sozialdemokraten, so daß entgegen der bisherigen Berechnung nicht 6, die Staatspartei nur 5 Mandate im Reichstag erhält, dagegen die Sozialdemokraten 21. Die Verteilung der 8 Mandate auf die Volkspartei, die Christlich-Sozialen, die Deutsche Bauernpartei und die Hannoverscher erfolgt in der Weise, daß die Volkspartei 2, die Christlich-Sozialen 4, die Bauernpartei 2, und die Hannoverscher kein Mandat bekommen.

Die Deutsche Volkspartei hat ein Grundmandat, der Christlich-Soziale Volksdienst 2, die Deutsche Bauernpartei 1, und die Deutsch-Hannoversche Partei kein Grundmandat erhalten. Auf dem gemeinsamen Reichswahlvorstand dieser 4 Parteien sind überwiegend von den Reichswahlvorständen der Deutschen Volkspartei 872 294, des Christlich-Sozialen Volksdienstes 294 146, der Deutschen Bauernpartei 54 297 und der Deutsch-Hannoverschen Partei 47 723, zusammen 738 340 Stimmen.

NSDAP. verlangt Aenderung der künftigen Regierungsverhältnisse.

Dresden. (Funkspruch.) Die Tageszeitung der NSDAP. „Der Arbeitsschlag“ nennt das Ergebnis der Reichstagswahl das „Todesurteil für den künftigen Landtag“. „Wir erwarten“, so schreibt das Blatt, „entweder die freiwillige Auflösung des Landtages, den Rücktritt der künftigen Regierung, oder wenn gewisse Stellen nicht freiwillig wollen, ein unverzügliches Eingreifen des Reiches. Sachien will ebenso eine Hitlerregierung, wie sie in Preußen und im Reich bereits am Ruder ist.“

Die politische Lage nach den Wahlen.

Berlin. (Funkspruch.) Reichskanzler Hitler ist, wie wir erfahren, heute mittag vom Reichspräsidenten empfangen worden, um über das Wahlergebnis Bericht zu erhalten. Das Reichskabinett wird heute nicht mehr zu einer Sitzung zusammentreten; es bleibt vielmehr bei der für morgen nachmittag angesetzten Kabinettsitzung. Vor dieser wird um 4 1/2 Uhr noch eine besondere Ministerbesprechung stattfinden. Ein Aufruf der Reichsregierung ist, wie in unterrichteten Kreisen verlautet, für heute nicht zu erwarten. Ob es Aufbruch in dem die Reichsregierung zur Wahl Zielung nimmt, morgen herauskommt, ist noch nicht bekannt. Auf der Tagesordnung der morgigen Kabinettsitzung steht selbstverständlich vor allem eine Besprechung des Ausgangs der Wahlen und der Konsequenzen, die sich daraus für die Beurteilung der politischen Lage ergeben. Daneben werden dann noch die zentralen Fragen behandelt, die ursprünglich schon für die Kabinettsitzung in Aussicht genommen waren. Es handelt sich dabei um landwirtschaftliche Fragen, die Einfuhrkontingente und die Bewirtschaftung der Telle und Tette. Eine außenpolitische Ansprache ist zwar in der Tagesordnung nicht vorgesehen; es ist aber, angesichts der Wichtigkeit, die die Außenpolitik im Augenblick hat, anzunehmen, daß auch diese Fragen erörtert werden. Man rechnet in politischen Kreisen bestimmt damit, daß sowohl der Reichstag wie auch der Landtag sobald wie möglich in etwa 14 Tagen bis drei Wochen einberufen werden und daß die Regierung ein Ermächtigungsgesetz fordern wird. Dieses Ermächtigungsgesetz soll nach Möglichkeit auch verfassungsändernd sein. Wenn in der Öffentlichkeit verächtlich von einer Vorlage über eine Aenderung der Reichsfarben gesprochen wird, so kann demgegenüber festgestellt werden, daß die Reichsregierung sich mit dieser Frage noch nicht beschäftigt hat.

Was die Preußenfrage anbetrifft, so ist man in Kreisen, die der Reichsregierung nahe stehen, der Auffassung, daß durch die Wahl die Preußenfrage praktisch hinfällig geworden ist, da der Landtag selbstverständlich bald eine reguläre Regierung bilden wird und angesichts einer ordnungsmäßigen Ministerpräsidentenwahl die Frage keinerlei Bedeutung mehr hat. Es dürfte die Frage sein, ob der Staatsgerichtshof dann lediglich die rein formalrechtlichen Verhandlungen weiter führen wird.

In diesem Zusammenhang erfahren wir weiter von unterrichteter Seite, daß die Behandlung der Hamburger Angelegenheit als eine rein reinverwaltungsrechtliche Angelegenheit des Reichsinnenministeriums anzusehen ist und in der Reichsregierung dementsprechend behandelt wird. Es ist nichts darüber bekannt, daß gegen andere Länderregierungen ähnliche Maßnahmen geplant sind.